



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/182 - 10.8.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 439 890

Die Stellung der Organisation Gehlen	S. 1
Rundfunkzensur - in England	S. 3
Neue Schikanen des SBZ-Regimes	S. 5
"Armes Ländchen" in der Eifel	S. 7

---

## Ein Auslandsnachrichtendienst des Bundes

sp - Der Name Gehlen geistert seit längerem durch die Spalten der in- und ausländischen Tageszeitungen. Es hat sich um ihn so etwas wie eine Legende gebildet, die wohl mehr von seinem, von Geheimnissen unwitterten "Fach" herrühren mag, als von der Person. Denn Gehlen selbst ist ein sehr nüchterner Experte, der im bürokratischen Dschungel der inneren Verwaltung fast etwas unbeholfen wirkt.

Zuletzt war in diesen Tagen davon die Rede, dass die "Organisation Gehlen bis zur Entscheidung über den geplanten Bundesnachrichtendienst auf monatlicher Basis aus Mitteln des Bundeskanzleramtes finanziert werden sollte." Diese Meldung wurde weder bestätigt noch dementiert. Man vermutet einen Versuch des Bundeskanzleramtes, d.h. Herrn Globke, das Parlament vor vollendete Tatsachen zu stellen, das nach den bisherigen Dispositionen und auch den Zusagen von Regierungseite erst bei der Beratung eines Nachtragshaushaltes, also nach den Ferien, exärgültig über diesen Bundesnachrichtendienst bestimmen sollte. Der eigentliche Träger der neuen Einrichtung soll der Apparat Gehlen werden. Über Art und Umfang der Organisation liegen offiziell noch keine Angaben vor, so dass eine Stellungnahme der Parteien bisher nicht möglich war. Doch scheint sich abzuzeichnen, dass man einen zivilen Nachrichtendienst aufbauen will.

Nachdem kein Land der Welt glaubt, auf einen solchen Nachrichten-

dienst verzichten zu können, wird sich wohl auch die Bundesrepublik mit einem eigenen Instrument in das weltweite ND-Konzert einzurohren haben. Aber es darf wohl im Interesse der allgemeinen Harmonie erwartet werden, dass sich damit die Besatzungsmächte sichtbar und endgültig auf die eigenen Plätze zurückbegeben. Drinnen und draussen werden empfindsame Ohren dem deutschen Instrument große Aufmerksamkeit widmen. Daher darf dem Bundestag, bei allem Respekt vor der Organisationsgewalt der Regierung, nicht zugemutet werden, etwas ungeprüft und unverändert zu übernehmen. Der Begriff "Übernahme" ist aber eigentlich hier überhaupt nicht anwendbar. Die Bundesregierung kann nur nach Schaffung der gesetzlichen Grundlage, die Neuerrichtung einer Behörde beantragen. Das schließt, bei Beachtung der beamtenrechtlichen Voraussetzungen und Gewähr der politischen Zuverlässigkeit, nicht die Wiederverwendung erfahrener Persönlichkeiten aus. Wie man es ganz und gar nicht machen kann, hat vor Jahr und Tag die Dienststelle Blank bei Betätigungsversuchen auf diesem Sektor höchst gefährlich demonstriert. Der Name des Oberstleutnant a.D. Heinz sollte eine Warnung sein.

Es wird, wie gesagt, ein ziviler Nachrichtendienst sein, der keinerlei Exekutivbefugnisse hat. Dieses gleiche und wesentliche Merkmal gab der Gesetzgeber bereits dem innenpolitischen Nachrichtendienst, dem Verfassungsschutz. Das Reichssicherheitshauptamt (ab 1944) und das Staatssekretariat für Staatsicherheit in der sowjetischen Besatzungszone gingen einen anderen Weg, dessen unheilvolle Folgen so gegenwärtig sind, dass ein Preis für den Schutz vor dem Mißbrauch, auch wenn es manchmal zu Lasten der Effektivität gehen sollte, zahlenswert sein muß.

Die Frage nach dem Schutz vor dem Mißbrauch muss auch gestellt werden, wenn die Regierung einmal verbindlich erklärt, wem denn nun dieser Nachrichtendienst unterstellt werden soll. Mit dem Hinweis auf erprobte Regelungen in anderen Ländern, nämlich der Unterstellung unter die oberste Regierungsstelle selbst, ist es bei uns leider nicht getan, seit das traurige Schauspiel geboten wurde, dass das Bundeskanzleramt von einem Nachrichtenhändler gefälschtes Material zur Diffamierung der Opposition auf den innenpolitischen Markt warf.

Ein Maulkorb für BBC und Fernsehen

E.A., London

Wer hätte es für möglich gehalten, dass in Großbritannien der politischen Diskussion auf irgend einem Gebiete ein Maulkorb umgehängt würde? Und doch ist es geschehen. Kurz bevor das Parlament in die Ferien ging, hat Postminister Dr. Hill eine Kabinettsverordnung bekanntgegeben, wonach es der BBC und dem Fernsehen, der "Independent Television Authority", verboten wird, politische Themen diskutieren zu lassen, die innerhalb der nächsten vierzehn Tage vom Parlament debattiert werden sollen. Ja noch mehr. Kein Abgeordneter darf vor dem Mikrofon oder der Fernsehkamera zu Gesetzesvorlagen Stellung nehmen. Erst wenn die Vorlagen vom Parlament gebilligt und durch die königliche Unterschrift in Kraft gesetzt sind, kann er sich dann dazu äußern.

Es ist noch unklar, wie es zu dieser Verordnung gekommen ist, die selbstverständlich nicht ohne kabinettliche Rückendeckung zustande gekommen ist. Wahrscheinlich war Postminister Dr. Hill zu seinem Vorgehen dadurch veranlasst worden, dass der Generaldirektor der BBC, Sir Ian Jacob, ihm in einem Schreiben das "Gentleman's Agreement" der Kriegszeit aufgekündigt hatte. Es bestand in einer freiwilligen Beschränkung der BBC, wonach sie vor Parlamentsdebatten den dort zur Verhandlung stehenden Themen eine vierzehntägige Schonfrist einräumte.

Ausgerechnet Dr. Hill, der "Radiodoktor"

Aber es ist zweierlei, ob man freiwillig das Recht auf Meinungsäußerung in einer vierzehntägigen Frist nicht ausübt, oder aber ob man dazu durch Kabinettsverordnung gezwungen werden kann. Für die Direktoren der BBC war es wohl bitter, dass gerade Dr. Charles Hill ihnen den Maulkorb umhängte. Dr. Hill, der "Radiodoktor", war nämlich ein weithin unbekannter Arzt gewesen, als ihn die BBC zu einer Serie von populär gehaltenen Gesundheitsvorträgen verpflichtete. So wurde er Millionen bekannt. Seine erworbene Popularität ließ die konservative Partei auf ihn aufmerksam werden. Er wurde als Unterhausabgeordneter aufgestellt, gewählt und in verschiedenen Regierungsämtern beschäftigt, bis er Postminister General wurde. Nun hat er der BBC, dem Sprungbrett seines Erfolges, den Dank des Politikers abgestattet.

Die BBC hat die freie politische Diskussion immer stiefmütterlich behandelt. Nach Kriegsende hatte sie die in der Kriegszeit übernommene Einengung ihrer Freiheit nicht aufgekündigt. Allerdings widersetzen sich die Direktoren von Broadcasting House den Bestrebungen der Fraktionsleitungen, sich die Redner zu parlamentarischen Diskussionen vorschreiben zu lassen. So kam es, dass solche Themen oft von Bevaniten und Jungkonservativen behandelt wurden, die durchaus nicht in Gunst bei den Fraktionsführern standen.

Die Begründungen, die Dr. Hill für seine Maulkorbsverordnung ins Feld geführt hat, sind äußerst schwach. Er rechtfertigt sie einmal mit dem Bestreben, die Entscheidungsfreiheit der Parlamentarier schützen zu müssen. Die Volksmeinung dürfe nicht beeinflusst werden, ehe die Fragen vom Parlament diskutiert und entschieden werden. Die Abgeordneten dürften nicht von der Volksmeinung unter Druck gesetzt werden. Ferner aber wolle man verhindern, dass bei Rundfunk- oder Fernsehdiskussionen "unorthodoxe" Abgeordnete zu stark zu Worte kommen und damit die wahre Linie der Parteien verwischt werde. Im Lande einer, von dieser Ausnahme abgesehen, maximalen Meinungsfreiheit eine fast grotesk wirkende Begründung.

#### Parlamentsprotest oder BBC-Weigerung?

Wie zu erwarten war, hat die Maulkorbverordnung in der Öffentlichkeit schärfste Kritik gefunden. Aus den Reihen der Abgeordneten haben sich erregte Stimmen gemeldet. Es gäbe ja nun noch eine Möglichkeit, die Meinungsäußerung im Äther vor der behördlichen Zensur zu retten. Wenn das Unterhaus im Oktober wieder zusammentritt, sollten sich genügend Mitglieder aus beider Parteilagern finden, die eine sofortige Diskussion und die Zurückziehung der Verordnung verlangen. Allerdings könnten die Abgeordneten dann auch vor ein Dilemma gestellt werden: Sie müssten, um die Meinungsfreiheit im Äther zu verteidigen, den Fraktionszwang brechen, denn es wäre unwahrscheinlich, dass die Parteileitungen die Abstimmung freigeben.

Eine andere Möglichkeit, die Verordnung ad absurdum zu führen, liegt in den Händen des Generaldirektors der BBC. Falls er öffentlich erklärt, sich nicht an die Verordnung binden zu wollen, so sie das verbriefte Recht auf Meinungsfreiheit missachte, und dementsprechend auch handelt, so würde er sich eines Verstosses gegen die Parlamentsprivilegien schuldig machen. Ein solcher Verstoß könnte mit seiner Einlieferung in den "Tower" enden. Was für ein Schauspiel das bieten würde! Das sichere Opfer dieses tragikomischen Schauspiels aber dürfte voraussichtlich Dr. Hill werden, der seine Schuld der BBC gegenüber mit einem sang- und klanglosen Abtritt vom Postministerium sühnen müsste

Pankow sabotiert die Entspannung

E.Z., Berlin

Die politische Führung der SBZ lässt in diesen Tagen nichts unversucht, die in Genf zum Durchbruch gekommenen allgemeinen Entspannungstendenzen vor allem im Berliner Bereich abzuschwächen und zu sabotieren.

Die SED hat in den Verwaltungsstellen und in den großen "volkseigenen" Betrieben Ostberlins und der Randgebiete der ehemaligen Reichshauptstadt die Belegschaftsmitglieder zu einer schriftlichen Verpflichtung gezwungen, künftig nicht mehr die Westsektoren von Berlin zu betreten. Dies bezieht sich auch auf den Besuch von nahen Familienangehörigen. Was diese Maßnahme in der Praxis bedeutet, kann nur derjenige ermessen, der die enge verwandschaftliche Verflechtung von Ostberlin und den Randgebieten auf der einen und Westberlin auf der anderen Seite kennt. In Ostberlin sind diese neuen Maßnahmen auf stärksten Widerstand gestoßen. So haben die Belegschaftsmitglieder z.B. des "VEB Bau" in Ostberlin in einer Resolution erklärt, dass sie sich wohl verpflichten würden, keine Einkäufe in Westberlin zu tätigen, dass sie aber niemals bereit seien, ihre nächsten Verwandten in den Westsektoren abzuschreiben. Außerdem werden Einwohnern von Westberlin schon seit Wochen nur in besonders dringenden Ausnahmefällen Passierscheine zur Fahrt in die Sowjetzone ausgestellt.

Weiter muß in diesem Zusammenhang der Versuch erwähnt werden, Ostberliner Arbeiter, die in den Westsektoren ihre Arbeitsstelle haben, zur Spitzelarbeit zu zwingen. Selbst dort, wo die ostzonale Verwaltungsorganisation auf die Westsektoren übergreift, wie z.B. bei den Reichsbahndienststellen in Westberlin, setzt die SED alles daran, die Spaltung Berlins perfekt zu machen. So wurden grundsätzlich alle Reichsbahnangestellten, die in Westberlin wohnen, aber auf Dienststellen des Ostsektors arbeiteten, zwangsweise zu Westberliner Eisenbahndienststellen versetzt, um ihnen jeden Kontakt mit der eigenen Dienststelle in Ostberlin künftig unmöglich zu machen.

Die Berliner SPD hat die westlichen Alliierten aufgefordert, ent-

10.8.1955

sprechende Protestschritte bei der sowjetischen Besatzungsmacht in Berlin zu unternehmen. Der Regierende Bürgermeister hat noch vor Antritt seines Jahresurlaubs mit den Kommandanten der Westmächte die Lage diskutiert.

Im Fall Berlin kann es für die Sowjets keine Ausrede mit der sog. "Souveränität" der Sowjetzone geben. Der Viermächte-Status dieser Stadt ist auch von Moskau noch anerkannt. Dies findet seinen Ausdruck schon in der Tatsache, dass der Ostsektor Berlins bisher noch nicht formell der "Deutschen Demokratischen Republik" eingegliedert worden ist. Die von der Sowjetzonen-Volkskammer erlassenen Gesetze und die entsprechenden Regierungsverordnungen müssen jeweils durch einen besonderen Beschluß der Ostberliner "Volksvertretung" in Kraft gesetzt werden.

Es ist Aufgabe der Moskauer Regierung und ihrer Vertretung in Ostberlin, diese jeder Entspannungstendenz widersprechenden Übergriffe zu unterbinden, wenn sie Wert darauf legt, den täglichen Beteuerungen ihres Willens zur Entspannung Glauben schenken soll. Und Aufgabe der Westmächte bleibt es, den Protesten der Westberliner Bevölkerung und der Einwohner des Ostsektors gegen diese schikanöse Willkür durch eine entsprechende Demarche Nachdruck zu verleihen. Schließlich muß man erwarten, dass der Bundeskanzler Adenauer bei seinem Besuch in Moskau energisch auf die jeder Bemühung um Entspannung ins Gesicht schlagende Lage in Berlin hinweist und auf entsprechende Anweisungen Moskaus an Pantow besteht.

\*) dass man

Am äußersten Rande des "Wirtschaftswunders"

ot, Aachen

"...die im Dunkeln sieht man nicht", heißt es in der "Dreigroschenoper". Zu denen, die am äußersten Rande des vielgepriesenen deutschen Wirtschaftswunders, sozusagen im Dunkeln ihr Dasein fristen, weitab selbst von mittel- und kleinstädtischen Leben, gehört auch die Bevölkerung in dem sogenannten "Armen Ländchen" in der Eifel.

Auf 3200 ha leben dort in der Gemeinde Wahlen 2200 Einwohner in 26 Ortschaften, die verkehrsmäßig so ungenügend gelegen sind, dass die Bundespost, als einziger Verkehrsträger, droht, ihre Omnibuslinien wegen der unmöglichen Straßenverhältnisse einzustellen. Diese Straßen sind so schmal, dass ein Ausweichen von Autos auf dem meisten Strecken unmöglich ist, und so schlecht, dass sie nur im ersten oder zweiten Gang befahren werden können. 90 % der Bevölkerung leben von der Landwirtschaft. Aber der Boden ist so schlecht und die Höfe sind so klein, dass die Bauern - für die dieses gewichtige Wort nur schlecht passen will - auf Nebenerwerb angewiesen sind. Sie müssen also auf den schlechten Straßen weite Wege zurücklegen, um zu den Kleinindustrien im Kreise Seeliden zu gelangen. Die Straßenzuschüsse des reichen Landes Nordrhein-Westfalen reichten bisher zu kaum mehr als zur Schneeräumung in den harten Eifelwintern. Jetzt endlich wurde eine Wasserleitung mit Landeszuschüssen und bei Hand- und Gespännendiensten der Bevölkerung gebaut. Aber die Wasserpreise sind dafür jetzt die höchsten der Bundesrepublik, nämlich 60 Pfennig für den Kubikmeter. Das Steueraufkommen in dieser Gemeinde ist dafür mit das niedrigste in Westdeutschland. Bei DM 30 000 Aufkommen beträgt der Fehlbetrag für die laufenden Arbeiten 65 000 DM jährlich. Das Ländchen ist so arm, dass eine Gemeinde in 3 Ratssitzungen kein Ergebnis über die Anschaffung einer Straßenbeleuchtung im Wert von DM 200,- erzielen konnte.

Der Ministerpräsident von NRW, Karl Arnold, der kürzlich mit seinem Mercedes 220 - schwere Wagen dürfen laut Arnolds Anweisung nicht angeschafft werden - diesen entlegenen und so benachteiligten Landstreifen besuchte und auf Schotterstraße bei 15 % Gefälle erheblich durchgeschüttelt wurde, hat jetzt Abhilfe versprochen. Vielleicht wird es nun etwas besser werden für das "arme Ländchen" im reichsten Land der Bundesrepublik.

Verantwortlich: Peter Raunau